

Oft tröpfelt es nur

Internet. In Deutschland ist das Zugangsnetz für anspruchsvolle Internetanwendungen bisher ein Nadelöhr – vor allem auf dem Land. Die Bundesregierung will das ändern. Bis 2018 sollen flächendeckend Datenautobahnen entstehen. Doch wie das ehrgeizige Vorhaben umgesetzt werden soll, ist noch unklar.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das Ziel ausgegeben, in Deutschland bis zum Jahr 2018 einen flächendeckenden Ausbau mit sogenannten NGA-Anschlüssen (Next Generation Access) zu garantieren (Kasten Seite 2). Diese Absicht ist in der am 20. August 2014

erschienenen Digitalen Agenda noch einmal bekräftigt worden – aus gutem Grund.

Während der Ausbau in Städten gut vorankommt, weil er sich wegen der vielen Teilnehmer rechnet, sieht es auf dem Land eher mau aus. Hier profitieren nur relativ wenige Haus-

halte und Firmen vom schnellen Internet (Grafik):

In den Städten können immerhin drei Viertel der Haushalte mit High-speed surfen, in der Provinz steht aber nur für ein Fünftel ein Zugang mit mehr als 30 Mbit/s bereit.

Was für Gamer oder YouTuber allenfalls ärgerlich ist, kann für Unternehmen existenzbedrohend sein. Zumal eine Umfrage der IW Consult belegt, dass das Internet heute für rund jedes zweite deutsche Unternehmen eine wichtige Rolle spielt.

So benötigen immer mehr Firmen das schnelle Web für ihre Kundenpflege. Wenn es zum Beispiel bei Bestellvorgängen mehrfach zu Abbrüchen kommt oder hochauflösende Detailfotos nur tropfenweise aus der Leitung kommen, dann klicken die potenziellen Käufer weg – zur schnelleren Konkurrenz.

Auch für die Industrie 4.0, in der alle Bereiche eines Betriebs sowie Zulieferer und Kunden per Internet kommunizieren, sind Breitbandanschlüsse Pflicht (vgl. iwd 22/2014). Da viele Industrieunternehmen →



Inhalt

Tarifeinheit. Die aktuellen Streiks im Bahn- und Luftverkehr zeigen, dass der Gesetzgeber die Tarifpluralität auflösen oder aber zumindest mit ergänzenden Regelungen versehen sollte.
Seite 3

TTIP. Die Warenströme zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sind immens. Allein in Deutschland hängen rund 600.000 Arbeitsplätze am Exportziel USA.
Seite 4-5

Hochschule. Obwohl die Fernuni in Hagen bundesweit Studenten ausbildet, trägt das Land NRW die finanzielle Hauptlast für diesen Studienstandort.
Seite 6-7

Führungskräfte. Unternehmen, die gezieltes Talentmanagement betreiben, können Managementpositionen fast immer mit internen Kandidaten besetzen.
Seite 8

→ in ländlichen Räumen ansässig sind, darf sich der Bau von Datenautobahnen eben nicht nur auf Städte beschränken.

Es geht auch nicht allein darum, den Status quo vieler Metropolen einfach aufs Land zu übertragen. Vielmehr muss vorausschauend geplant werden. Denn in Deutschland ist damit zu rechnen, dass die Unternehmen schon im Jahr 2018 eine doppelt so hohe Datenmenge austauschen werden wie heute.

Das Geld für eine leistungsfähigere Netzinfrastruktur muss jedoch noch mobilisiert werden.

Schätzungen taxieren die Kosten für einen flächendeckenden Ausbau von NGA-fähigen Netzen auf 20 Milliarden Euro. Für einen Komplett-ausbau mit Glasfaser würden sogar bis zu 80 Milliarden Euro fällig.

Die Bundesregierung hat bisher aber lediglich die Erlöse aus der

„Digitalen Dividende II“ für die Beschleunigung des Breitbandausbaus in Aussicht gestellt. Das sind die Gelder aus der Versteigerung der 700-Megahertz-Frequenzen an Mobilfunkunternehmen; diese Frequenzen nutzt bisher noch der Rundfunk. Allerdings ist die Höhe der zu erwartenden Erlöse unsicher – sie werden aber voraussichtlich höchstens im unteren einstelligen Milliardenbereich liegen.

Die Unternehmen in ländlichen Räumen sind deshalb vor allem auf Förderinitiativen der Landesregierungen angewiesen. Bayern etwa hat ein mit bis zu 1,5 Milliarden Euro dotiertes regionales Förderprogramm aufgelegt. Die Kommunen müssen sich allerdings aktiv um den Netzausbau kümmern, was auch ihnen letztlich eine digitale Dividende beschert. Denn die Breitbandversorgung stärkt die Standortattrakti-

vität. So lassen sich Unternehmen und Bürger halten bzw. anziehen.

Damit Deutschland auch international bei der Digitalisierung mithalten kann, sind weitere finanzielle Hilfen nötig, die nicht mit den europäischen Förderrichtlinien kollidieren. So könnte der Staat steuerliche Anreize setzen, wenn Gebäude oder Industriegebiete mit Glasfaserkabeln erschlossen werden.

Außerdem könnte der Gesetzgeber vorschreiben, dass bei Neubauten Leerrohre für Glasfaserkabel gelegt werden. Führende Breitbandnationen wie Japan oder Südkorea haben diese Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt.

Die Aufrüstung der Netze beinhaltet darüber hinaus auch das Thema Datenschutz. Ohne sichere Datenströme kann es keine Netzwerke geben, in denen Betriebe zum Beispiel sensible Informationen austauschen – möglicherweise sogar über Clouds (vgl. iwd 35/2014).

Entscheidend ist, vorhandene Systeme sicher zu vernetzen und bei neuen Systemen explizit alle Sicherheitsaspekte von Anfang an mit zu berücksichtigen (Security by Design). Auch hier plant die Bundesregierung in ihrer Digitalen Agenda Maßnahmen, die aber bisher eher vage formuliert sind.

Die Frage, wie es konkret weitergeht, soll demnächst die „Netzallianz Digitales Deutschland“ beantworten, sie wird im Herbst ihr Kursbuch vorstellen. In der Netzallianz haben sich große und mittelständische Unternehmen der Informations- und Telekommunikationswirtschaft zusammengefunden. Auch die Bundesnetzagentur, das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie die TU München sind mit von der Partie.

Next Generation Access

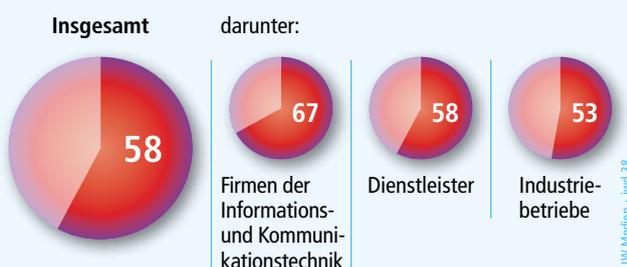
Dieser Oberbegriff steht für die Koexistenz von schnellen Festnetzanschlüssen und superschnellem Mobilfunk-Internet (LTE). Dahinter steht die Erkenntnis, dass auf dem Land die notwendige Glasfaserinfrastruktur für eine hohe Bandbreite kurzfristig nicht bereitgestellt werden kann. In diesen Fällen gelten mobile Internetzugänge als Zwischenlösung.

Doch selbst das schnelle LTE geht in die Knie, wenn sich mehrere Nutzer eine Funkzelle teilen müssen. Außerdem hapert es beim Mobilfunk an Ausfallsicherheit. Und die Antwortzeiten (Latenzzeiten) sind zu lang. Für die Industrie 4.0 ist das ein Problem, weil ein verzögerter Datenstrom oder gar der Zusammenbruch einer Verbindung effiziente Produktionsprozesse verhindert.

Der Handlungsdruck ist dementsprechend groß. In Bayern etwa – einem Land mit vielen ländlichen Regionen – beklagen fast 60 Prozent der Unternehmen eine unzureichende Breitbandinfrastruktur (Grafik).

Breitband Fehlanzeige

So viel Prozent der bayerischen Unternehmen beklagen die unzureichende Breitbandinfrastruktur



Befragung von 761 Unternehmen im Sommer 2013; Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2014 IW Medien - iwd 38

Ein Betrieb, ein Vertrag

Tarifeinheit. Die aktuellen Streiks im Bahn- und Luftverkehr zeigen, dass rivalisierende Gewerkschaften ihre Streitigkeiten immer wieder zulasten Dritter ausfechten. Der Gesetzgeber sollte das begrenzen.

Seit fast zweieinhalb Jahren ringen Piloten und Lufthansa um einen neuen Lohnabschluss und einen Beitrag der Piloten zum Kostensenkungsprogramm der Fluggesellschaft. Bei einer Lohnforderung von inzwischen 10 Prozent ist das keine leichte Aufgabe.

Nach Verhandlungsabbrüchen, Urabstimmung und Streiks ist der Streit schon jetzt einer der konfliktintensivsten zwischen den beiden Kontrahenten. Nur die Tarifrunde 2001 war noch turbulenter (Grafik). Damalserstreikte die Spartengewerkschaft Vereinigung Cockpit ihren ersten eigenen Tarifvertrag.

Spartengewerkschaften vertreten nicht die Interessen der gesamten Belegschaft, sondern die einzelner Gruppen. Außerdem verhandeln sie meist länger und konfliktintensiver als Branchengewerkschaften. Wenn rivalisierende Gewerkschaften in die Arena treten, ist die Konflikthäufigkeit daher deutlich höher als in Branchen mit Tarifeinheit – in denen der Grundsatz „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ gilt (vgl. iwD 40/2013).

Beim zweiten aktuellen Tarifkonflikt will die Lokführergewerkschaft GDL ihr Mandat ausweiten und nicht nur Tarifverträge für Lokführer aushandeln, sondern für das gesamte Zugpersonal. Damit greift die GDL in den Hoheitsbereich der konkurrierenden Eisenbahnerge-

Vereinigung Cockpit: Ein Konflikt ohne Ende

Lesebeispiel: Im Lauf des seit 2012 andauernden aktuellen Konflikts ist es zwischen den Tarifverhandlungsrunden jeweils wiederholt zu Streikdrohungen, Verhandlungsabbrüchen, Streikaufrufen, Streiks und einer Urabstimmung gekommen.

Die Eskalationsstufen reichten dabei von 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streikdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikaufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern und Schlichtung, 6 = Scheitern und Urabstimmung bis zu 7 = Arbeitskampf.

Für den laufenden Tarifkonflikt ergibt sich daraus eine Konfliktintensität von 44 Punkten ($2 \times 1 + 4 \times 2 + 2 \times 3 + 1 \times 6 + 2 \times 7$. Hinzu kommen 2×4 Punkte, weil ein Streikaufruf in der Luftfahrt wie ein Streik wirkt).

Verhandlungszeitraum	Verhandlungsdauer in Monaten	Maximale Eskalationsstufe	Konfliktintensität in Punkten
05.02.2001 bis 06.07.2001	5,0	7	58
20.10.2003 bis 06.12.2004	13,5	2	4
15.12.2004 bis 07.06.2006	18,7	2	3
21.03.2006 bis 07.06.2006	2,6	0	0
01.10.2007 bis 29.01.2008	3,9	0	0
01.04.2009 bis 28.07.2010	15,9	7	31
01.04.2011 bis 01.07.2011	3,0	0	0
13.04.2012 bis heute	29,0	7	44

Ursprungsdaten: IW-Tarifdatenbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 38 - Foto: Sergio Sordani - Fotolia.com

werkschaft EVG ein. Besonders brisant: Die beiden Kontrahenten regeln ihren Streit nicht untereinander, sondern tragen ihn zulasten der Bahn und deren Kunden aus.

Obwohl diese Problematik nicht neu ist, hat der Gesetzgeber bis heute nichts getan, um den 2010 vom Bundesarbeitsgericht gekippten Grundsatz der Tarifeinheit wiederherzustellen. Dieser Grundsatz hat 50 Jahre lang zur Stabilität der Arbeitsbeziehungen beigetragen.

Tarifeinheit ist ein Standortvorteil, denn sie stellt sicher, dass ein Unternehmen so lange nicht in Arbeitskämpfe verwickelt wird, wie der Tarifvertrag läuft.

Diese Friedenspflicht wird aber entwertet, wenn zum Beispiel die Lufthansa gleich mit drei Gewerkschaften verhandeln muss und diese Verhandlungen hintereinander ablaufen. Außerdem gefährden innerbetriebliche Verteilungskämpfe, wie sie derzeit zwischen GDL und EVG geführt werden, den Betriebsfrieden.

Immerhin hat der Gesetzgeber das Problem erkannt und in einem internen Papier vorgeschlagen, Tarifpluralitäten aufzulösen: Überschneiden sich in einem Betrieb verschiedene Tarifverträge, soll nur der Vertrag jener Gewerkschaft gelten, die in diesem Betrieb die meisten Mitglieder hat. Gleichzeitig gilt eine allgemeine Friedenspflicht.

Damit würden Spartengewerkschaften nicht ihr Streikrecht verlieren. Sie könnten weiter eigene Forderungen stellen und nach Ablauf des Tarifvertrags der größeren Gewerkschaft auch dafür streiken – so lange, bis ein neuer Tarifvertrag für die Mehrheit der Belegschaft geschlossen wird und eine neue allgemeine Friedenspflicht begründet.

In Unternehmen wie der Lufthansa, wo Tarifpluralität so fest verankert ist, dass sie kaum umkehrbar ist, sind ergänzende Regelungen nötig: obligatorische Schlichtungsverfahren, Notdienstverordnungen und ausreichende Ankündigungsfristen.

Handelspartner USA

TTIP. Die Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionschutzabkommen – kurz TTIP – zwischen den USA und der EU dauern voraussichtlich noch bis Ende 2015. Wie wichtig das Abkommen für Deutschland ist, zeigt der Blick auf den Warenhandel mit den Vereinigten Staaten.

Gut 8 Prozent aller deutschen Warenexporte gingen 2013 in die USA – der Umsatz betrug mehr als 88 Milliarden Euro. Im Gegenzug machten die US-amerikanischen

Produkte für 48 Milliarden Euro gut 5 Prozent der deutschen Warenimporte aus. Etwa 600.000 Arbeitsplätze hängen letztlich an den Warenexporten für Uncle Sam. Hinzu kom-

men noch zahlreiche Jobs, die sich mit der Ausfuhr von Dienstleistungen in die Staaten beschäftigen.

Zwar werden fast zwei Drittel der an die USA verkauften Waren in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gefertigt. Doch die US-Amerikaner sind für nahezu alle Bundesländer wichtige Kunden – in fünf Ländern liegt der



IW policy paper
12/2014

Galina Kolev: TTIP – Mehr als Handelsliberalisierung
iwkoeln.de/ttip

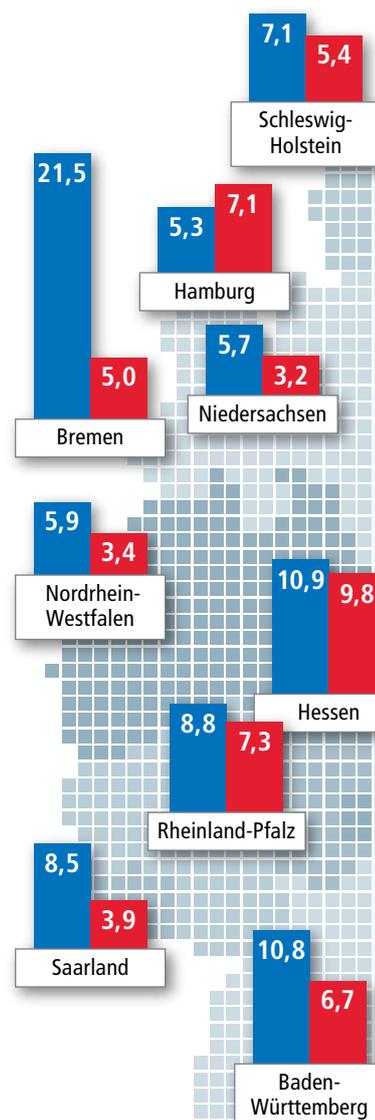
Das Bundesländer-Ranking

Im Jahr 2013 **exportierte** Deutschland Waren in die USA im Wert von 88,4 Milliarden Euro. Davon entfielen so viel Prozent auf diese Bundesländer

Bayern	24,0
Baden-Württemberg	23,8
Nordrhein-Westfalen	13,4
Hessen	7,9
Niedersachsen	5,7
Rheinland-Pfalz	5,2
Bremen	4,0
Sachsen	3,6
Hamburg	3,3
Brandenburg	2,3
Schleswig-Holstein	1,7
Berlin	1,6
Saarland	1,4
Thüringen	1,0
Sachsen-Anhalt	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	0,3

Im Jahr 2013 **importierte** Deutschland Waren aus den USA im Wert von 48,4 Milliarden Euro. Davon gingen so viel Prozent in diese Bundesländer

Baden-Württemberg	19,1
Bayern	18,9
Hessen	15,9
Nordrhein-Westfalen	14,3
Hamburg	10,0
Niedersachsen	5,3
Rheinland-Pfalz	4,7
Berlin	2,6
Schleswig-Holstein	2,1
Brandenburg	2,0
Sachsen	1,7
Bremen	1,4
Saarland	0,9
Thüringen	0,5
Sachsen-Anhalt	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	0,1



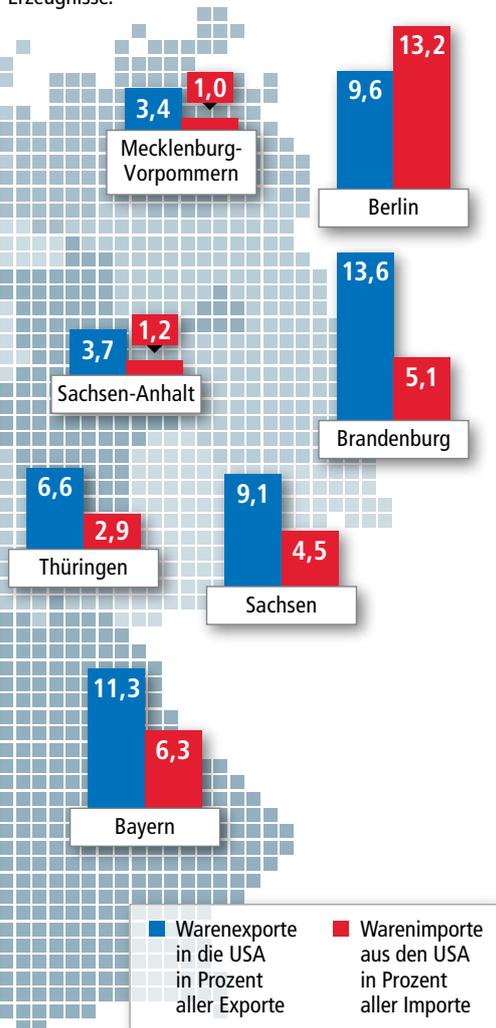
Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Anteil der US-Ausfuhren sogar über 10 Prozent.

Die einzelnen Bundesländer haben sich allerdings auf unterschiedliche Exportprodukte spezialisiert. Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bremen und das Saarland liefern in erster Linie Kraftwagen und Kfz-Teile an die USA. In Nordrhein-Westfalen und anderen Ländern stehen Maschinen ganz oben auf der Verkaufsliste; Hessen und Rheinland-Pfalz versenden vor allem pharmazeutische Erzeugnisse.

Wie wichtig das US-Geschäft ist

Lesebeispiel: Im Jahr 2013 exportierte Baden-Württemberg 10,8 Prozent aller ins Ausland verkauften Waren in die USA. Hiervon wiederum waren 45 Prozent Kraftwagen und Kfz-Teile (Tabelle). Von allen Warenimporten Baden-Württembergs stammten 6,7 Prozent aus den USA. Wichtigstes Importgut waren dabei mit 26 Prozent pharmazeutische Erzeugnisse.



Die jeweils drei wichtigsten Export- und Importwaren in Prozent

Bundesland	Exportware	Exportanteil (%)	Importware	Importanteil (%)
Baden-Württemberg	Kraftwagen und Kfz-Teile	45	Pharmazeutische Erzeugnisse	26
	Maschinen	22	Kraftwagen und Kfz-Teile	14
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	9	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	12
Bayern	Kraftwagen und Kfz-Teile	43	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	25
	Maschinen	15	Kraftwagen und Kfz-Teile	24
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	12	Pharmazeutische Erzeugnisse	12
Berlin	Kraftwagen und Kfz-Teile	22	Sonstige Fahrzeuge	38
	Maschinen	17	Maschinen	16
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	16	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	14
Brandenburg	Pharmazeutische Erzeugnisse	50	Sonstige Fahrzeuge	60
	Sonstige Fahrzeuge	31	Maschinen	14
	Kraftwagen und Kfz-Teile	7	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	5
Bremen	Kraftwagen und Kfz-Teile	83	Kraftwagen und Kfz-Teile	27
	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	9	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	16
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	3	Sonstige Fahrzeuge	15
Hamburg	Sonstige Fahrzeuge	66	Sonstige Fahrzeuge	30
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	11	Kokerei- und Mineralöl-erzeugnisse	15
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	6	Maschinen	8
Hessen	Pharmazeutische Erzeugnisse	40	Sonstige Fahrzeuge	22
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	13	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	19
	Metalle und Metallerzeugnisse	12	Pharmazeutische Erzeugnisse	14
Mecklenburg-Vorpommern	Maschinen	38	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	25
	Elektrische Ausrüstungen	14	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	16
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	14	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	13
Niedersachsen	Kraftwagen und Kfz-Teile	39	Sonstige Fahrzeuge	17
	Maschinen	15	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	14
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	11	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	11
Nordrhein-Westfalen	Maschinen	26	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	21
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	20	Maschinen	11
	Metalle und Metallerzeugnisse	20	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	10
Rheinland-Pfalz	Pharmazeutische Erzeugnisse	40	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	25
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	20	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei	13
	Maschinen	14	Pharmazeutische Erzeugnisse	10
Saarland	Kraftwagen und Kfz-Teile	63	Bergbau-Erzeugnisse	31
	Maschinen	15	Maschinen	19
	Metalle und Metallerzeugnisse	12	Metalle und Metallerzeugnisse	13
Sachsen	Kraftwagen und Kfz-Teile	65	Maschinen	31
	Maschinen	10	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	21
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	6	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	13
Sachsen-Anhalt	Metalle und Metallerzeugnisse	21	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	52
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	21	Maschinen	12
	Pharmazeutische Erzeugnisse	17	Holz- und Papierprodukte	8
Schleswig-Holstein	Maschinen	30	Pharmazeutische Erzeugnisse	23
	Pharmazeutische Erzeugnisse	18	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	17
	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	13	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	11
Thüringen	Maschinen	27	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	24
	EDV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	23	Chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	11
	Kraftwagen und Kfz-Teile	10	Maschinen	10

Sonstige Fahrzeuge: vor allem Erzeugnisse des Luft- und Raumfahrtzeugbaus
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Fernuni in finanziellen Nöten

Hochschule. Vor 40 Jahren wurde im nordrhein-westfälischen Hagen die erste und bislang einzige deutsche Fernuniversität gegründet. Mit rund 78.000 Studenten ist sie die größte Hochschule Deutschlands. Obwohl die meisten Fern-Hochschüler nicht in Nordrhein-Westfalen leben, stemmt das Land den überwiegenden Teil des Haushalts der Fernuni.

„Wer wird schon freiwillig zu Hause im Wohnzimmer studieren?“, fragte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* 1974 anlässlich der Gründung der ersten deutschen Fernuni-versität in Hagen. „Leute, die weiter arbeiten wollen“, konterte der damalige NRW-Wissenschaftsminister Johannes Rau – und traf mit seiner

Einschätzung voll ins Schwarze. Selbst heute noch, 40 Jahre später, sind 80 Prozent der Studenten, die an der Fernuni Hagen immatrikuliert sind, berufstätig.

Lebenslang lernen, dieses Motto hat dem Fernstudium in den vergangenen Jahren eine ungeheure Popularität verschafft: Seit dem Winter-

semester 2005/06 hat sich die Zahl der Hagerer Studenten auf aktuell rund 78.000 verdoppelt. Zum Vergleich: An allen deutschen Hochschulen ist die Zahl der Hochschüler im selben Zeitraum nur um rund ein Viertel gestiegen.

Das Hagerer Angebot wird auch deshalb so stark nachgefragt, weil berufsbegleitende Studiemöglichkeiten in Deutschland dünn gesät sind: Nur 13 Prozent der Bachelorstudiengänge und 18 Prozent der Masterstudiengänge sind derzeit als Teilzeit- oder Fernstudiengänge konzipiert.

Hinzu kommt, dass die Hagerer Fernuni mit den sogenannten Akademiestudien einen besonders flexiblen Einstieg ins Studium anbietet. Unabhängig von Schulabschluss oder Berufserfahrung kann jeder Interessent ausgewählte Kurse in Hagen belegen. Erfolgreiche Prüfungsleistungen können auf ein späteres Studium angerechnet werden. So ermöglicht das Akademiestudium nicht nur angehenden Abiturienten, sondern auch Absolventen einer Berufsausbildung, herauszufinden, ob sie sich für ein bestimmtes Studienfach wirklich interessieren und auch eignen.

Überdies können sich Absolventen mit Berufsausbildung und mindestens drei Jahren Berufserfahrung auch direkt in ein fachlich verwandtes Studium einschreiben – und das ganz ohne Numerus clausus. Dank dieser flexiblen Zugangswege beträgt der Anteil der Studenten ohne Abitur in Hagen 12 Prozent, das sind fünfmal mehr als im bundesweiten Durchschnitt.

Fernuni Hagen: Wenig Unterstützung vom Bund

Haushalt der Fernuniversität Hagen im Jahr 2013 in Millionen Euro

Grundmittel vom Land NRW	59,3
Gebühren der Studenten für Studienmaterial	16,7
Zeitlich befristete Mittel aus dem Hochschulpakt von Bund und Ländern	11,3
Einnahmen aus Drittmittelprojekten und Weiterbildungsangeboten	4,8
Zeitlich befristete Zuschüsse vom Land NRW	2,9
Sonstige Einnahmen der Hochschule	2,5
Beiträge anderer Bundesländer	0,9
Einnahmen insgesamt	98,4

Zeitlich befristete Mittel aus dem Hochschulpakt von Bund und Ländern: abgegrenzt für das Jahr 2013
Quelle: Fernuniversität in Hagen

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw-d 38

Unternehmenspreis 2015 für mehr Willkommenskultur

„Mit Vielfalt zum Erfolg“ – mit diesem Motto geht der Unternehmenswettbewerb für mehr Willkommenskultur des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in die zweite Runde. Ausgezeichnet werden Unternehmen, die mit innovativen Konzepten Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und in das betriebliche und soziale Leben integriert haben. Bis zum 31. Dezember 2014 können sich kleine und mittlere Betriebe (bis 500 Mitarbeiter) in Deutschland um den mit fünfmal 10.000 Euro dotierten Preis bewerben. Weitere Informationen sowie Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

Make it in Germany

make-it-in-germany.com/unternehmen/unternehmens-wettbewerb-2015/

Die Hager Studenten erhalten ihr Lernmaterial als Studienbrief per Post, wahlweise auch online. Klausuren werden in einem der 13 Regionalzentren der Fernuni geschrieben, mündliche Prüfungen können – falls sich der Student im Ausland befindet – sogar per Videokonferenzschaltung in einer deutschen Botschaft absolviert werden.

Gebüffelt wird überdies längst nicht nur am Wohnzimmertisch, sondern auch per Webcam im virtuellen Classroom oder übers Internet, wo Lehrveranstaltungen, die sogenannten MOOCs (Massive Open Online Courses), mit Twitter oder Moodle verknüpft werden.

So viel Flexibilität lockt nicht nur Zöglinge aus NRW an (Grafik):

Nur ein knappes Drittel der Studenten der Fernuni Hagen wohnt in Nordrhein-Westfalen.

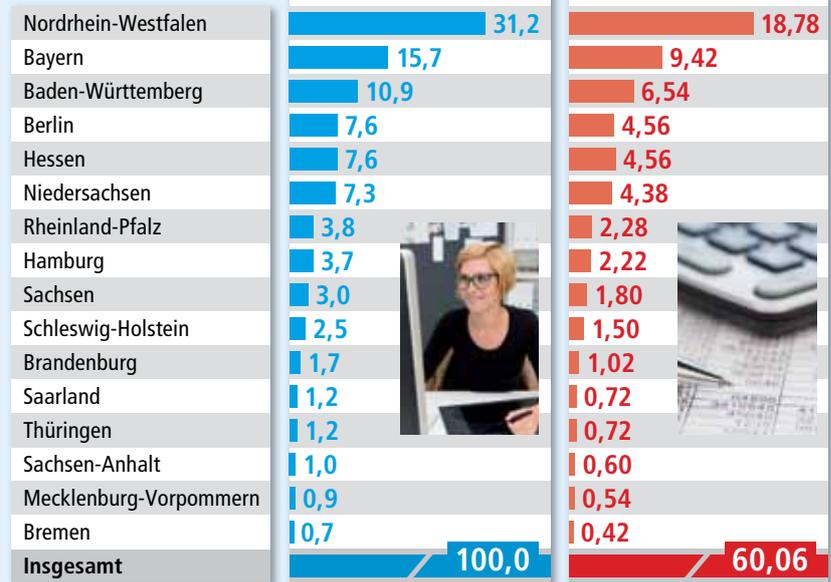
An den meisten anderen Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland ist das Verhältnis genau umgekehrt: Im Bundesdurchschnitt bildet ein Bundesland etwa ein Drittel Nicht-Landeskinder an seinen Hochschulen aus.

Da die finanzielle Hauptlast der Hochschulen von den jeweiligen Bundesländern getragen wird, ist die Frage der Herkunft der Hochschüler nicht ganz unerheblich. Die Hager Fernuniversität hatte im Jahr 2013 Einnahmen von rund 98 Millionen Euro (Grafik Seite 6).

Den größten Teil davon, mehr als 59 Millionen Euro, steuerte das Land NRW bei. Zweitgrößte Einnahmequelle waren mit annähernd 17 Millionen Euro die Gebühren der Studenten. Für die mehr als 50.000 Nicht-Landeskinder, die in Hagen im Jahr 2013 in regulären Studiengängen eingeschrieben waren, erhielt die Hochschule von Bund und Län-

Fernuni Hagen: NRW finanziert Studenten aus ganz Deutschland

im Jahr 2013



Quelle: Fernuniversität in Hagen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 38 - Fotos: contrastwerkstatt; GINA Sanders - Fotolia.com

dern knapp 9 Millionen Euro. Das ist deutlich weniger als das, was das Land NRW für die Fernstudenten ausgibt, die nicht ihren Wohnsitz in diesem Bundesland haben: nämlich 41 Millionen Euro.

Somit entlastet das Land NRW über die Fernuni Hagen viele andere Bundesländer massiv bei ihren Ausbildungskosten für Hochqualifizierte.

Weil diese grenzüberschreitende Ausbildungsleistung für die Fernuni nicht länger tragbar war, hat sie Anfang dieses Jahres die Einschreibe- und Rückmeldefristen verkürzt, um die Bewerberzahlen zu senken. Auch einzelne Studiengänge werden aus finanziellen Erwägungen dichtgemacht – so etwa der Masterstudiengang Elektro- und Informationstechnik, ein Fachgebiet, in dem qualifizierter Nachwuchs dringend gesucht wird.

Das Beispiel der Fernuniversität Hagen zeigt deutlich, dass die Hochschulfinanzierung in Deutschland

neu geregelt werden muss. Auch die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ betont, dass ein virtuelles Studienangebot mit Servern und ergänzenden Präsenzveranstaltungen an unterschiedlichen Orten nicht mehr durch das herkömmliche Sitzland-Prinzip zu regeln ist.

Die Fernuni Hagen selbst plädiert für einen Fernuni-Pakt, an dem sich der Bund sowie die Länder finanziell stärker beteiligen sollen als bisher. Die Zeichen dafür stehen gar nicht so schlecht: Schließlich hat das Bundeskabinett im Juli 2014 eine Verfassungsänderung beschlossen, wonach Bund und Länder sich in Bildungsangelegenheiten künftig nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft finanziell gemeinsam engagieren dürfen. Eine Hürde gibt es allerdings noch: Damit dieser Beschluss Bestand hat, muss er mit einer Zweidrittelmehrheit vom Bundesrat abgesegnet werden.

Erfolgreiches Mentoring

Führungskräfte. Anders als im Fußball, wo nur 5 Prozent der früh geförderten Talente später den Sprung ins Profigeschäft schaffen, lohnt sich Talentmanagement in den Unternehmen in jedem Fall: Wer seine Beschäftigten fördert, kann das Gros der Führungspositionen intern besetzen.

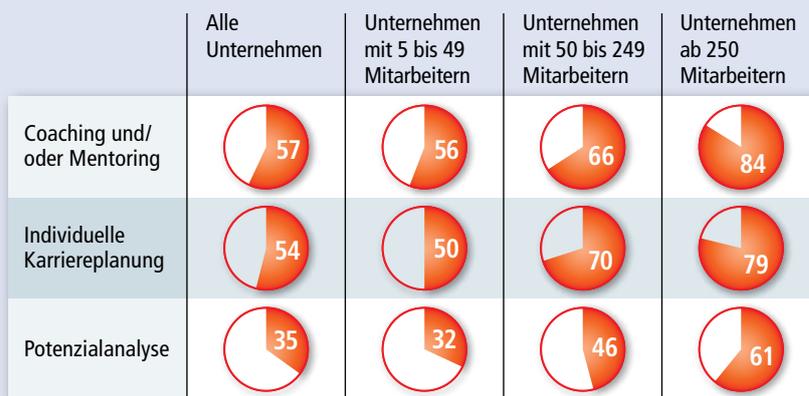
Mehr als die Hälfte der Unternehmen in Deutschland fördert ihre Beschäftigten mit Coaching oder Mentoring-Angeboten oder bietet eine individuelle Karriereplanung an (Grafik). Rund ein Drittel der Betriebe nutzt das Instrument der Potenzialanalyse, um Talente für Fach- oder Führungskarrieren zu identifizieren. Und das zahlt sich aus, wie das IW-Personalpanel 2013 zeigt:

Gut 90 Prozent der Unternehmen, die für einen Großteil ihrer Beschäftigten Coaching oder Mentoring anbieten, haben für alle neu zu besetzenden Führungspositionen interne Kandidaten gefunden.

Adressaufkleber

Mitarbeiterförderung: Engagierte Großunternehmen

So viel Prozent der Unternehmen bieten diese Instrumente an



Befragung von 1.561 Unternehmen im Frühjahr 2013
Quelle: IW-Personalpanel

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2014 IW Medien - Iwd 38

Umgekehrt haben lediglich 5 Prozent der Unternehmen, die ihre Führungspositionen ausschließlich mit externen Kandidaten besetzt haben, Coaching oder Mentoring angeboten.

Dass diese personalpolitischen Instrumente erfolgreich sind, bestätigen auch die Pilotunternehmen des Projekts EXIST-ING, einer Initiative für mehr Frauen in Führungspositionen. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom Europäischen Sozialfonds gefördert und vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gemeinsam mit dem Verein Deutscher Ingenieure durchgeführt. Drei Unternehmen waren langfristig an dem Projekt beteiligt:

- **TÜV Rheinland.** An dem Mentoring-Programm für künftige Fach- und Führungsfrauen haben im ersten Jahrgang 2013/2014 insgesamt 25 Mentoring-Tandems teilgenom-

men. Die Teilnehmerinnen gaben an, von dem Mentoring-Programm beruflich sehr zu profitieren.

- **AMEDON GmbH.** Mit einer Workshop-Reihe zu den Themen Projektmanagement und Teamentwicklung konnte das Dienstleistungsunternehmen aus Lübeck die Kompetenzen der Projektmanagerinnen erweitern.

- **NextPharma Pharbil GmbH.** Vom Kommunikationstraining über Zeitmanagement bis hin zu Führungseminaren: Das IW Köln hat diverse Workshops für angehende Führungsfrauen für das Pharmaunternehmen aus Waltrop veranstaltet.

Alle drei Unternehmen werden am 2. Oktober 2014 auf der Abschlussveranstaltung von EXIST-ING im IW Köln über ihre Erfahrungen berichten.

Weitere Infos: exist-ing.de

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.